

frauenpolitischer dienst - fpd -

INFORMATIONSDIENST

Erste Februar-Ausgabe - 02 - 02 - 15 - Folge 631

Versand: 27.01.15

„Junge Menschen haben weniger Vorbehalte gegenüber Muslimen und dem Islam“ „Islam ist bedrohlich“

(fpd) Junge Deutsche haben erheblich weniger mentale Vorbehalte gegenüber Muslimen und dem Islam als der Durchschnitt der bundesdeutschen Bevölkerung. Dies ergab der aktuelle „Religionsmonitor“ der Bertelsmann-Stiftung. Nach der „Sonderauswertung Islam 2015“ lehnt „die deutsche Mehrheitsbevölkerung Muslime und den Islam zunehmend ab“, obwohl die Muslime „mittlerweile in Deutschland heimisch geworden sind“. 53 % stimmen der Feststellung zu: „Der Islam ist bedrohlich“, und 61 % sind der Ansicht: „Der Islam passt nicht in die westliche Welt“. Zu der Einschätzung „Ich fühle mich wegen der Muslime wie ein Fremder im eigenen Land“ bekannten sich 40 % der repräsentativ Befragten, und 24 % forderten: „Man sollte Muslimen die Zuwanderung untersagen.“ In der Auswertung heißt es dann wörtlich:

„Deutlich positiver ist das Islambild lediglich unter Jüngeren im Alter von 16 bis 25 Jahren. Bei dieser Altersgruppe ist sowohl das Bedrohungsempfinden deutlich niedriger ausgeprägt als auch die Ansicht, dass der Islam nicht in die westliche Welt passt. Wir gehen davon aus, dass in jüngeren Generationen der Anteil, der mit Muslimen aufwächst und Muslime deshalb eher zu Deutschland zugehörig empfindet, zunimmt. Zu fragen ist allerdings, ob sich das Islambild wieder zum negativen entwickelt, wenn der enge Kontakt zu Muslimen in Schule und Ausbildung wegfällt. Denn schon in der Altersgruppe darüber bei den 25- bis 40-Jährigen steigt die Islamfeindlichkeit deutlich an.“

...auch Frauen?

Da das Dokument „Sonderauswertung Islam 2015 (zumindest in der bis Redaktionsschluss einzig vorliegenden Fassung „Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick) keine Aufteilung der Antworten und Ansichten nach Geschlechtern bietet, kann davon ausgegangen werden, dass zwischen Männern und Frauen in der Einschätzung von Muslimen und der Bewertung des Islam keine nennenswerten Unterschiede bestehen.

„Es ist nicht das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Eltern stresst“ „Eltern-Studie 2015“

(fpd) Es ist nicht primär der Zwang, Beruf und Familie zu vereinbaren, der Eltern stresst, sondern deren inzwischen hoch entwickelter Drang zu Perfektion auf allen Gebieten der Erziehung und Betreuung von Kindern. Zu diesem überraschenden Ergebnis kommt eine von der Zeitschrift „Eltern“ veröffentlichte aktuelle Studie, die auf der repräsentativen Befragung von 1.000 Frauen und Männern mit Kindern bis 12 Jahre durch das Meinungsforschungsinstitut forsa fußt. Die wichtigsten Erkenntnisse sind:

- Nur 22 % der Eltern sehen sich durch Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unter Druck gesetzt; dies sagen auch die Mütter.
- 80 % der befragten Eltern sagen, sie hätten wegen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf selten oder nie Probleme mit dem Arbeitgeber.
- 75 % der Eltern äußern ihre Zufriedenheit mit der zwischen ihnen und dem Betrieb getroffenen Arbeitszeitregelung.
- 70 % der Eltern (Väter & Mütter) und knapp 75 % der Mütter betonten, den eigenen Ansprüchen an ihre Elternschaft nicht gerecht zu werden.
- 40 % der Eltern (Väter & Mütter) und 50 % der Mütter sagten, sie wüssten, dass der Druck aus den eigenen Ansprüchen erwachse, insbesondere dem Streben nach Perfektion und der Vermeidung von Fehlentscheidungen; 38 % wünschten sich selbst „mehr Gelassenheit“.

Familienpolitisch relevant erscheint die Einschätzung der Mehrheit der befragten Eltern (55 %), dass Maßnahmen der Politik an ihrer gestressten Situation nichts ändern könnten. Allerdings nahmen 40 % die Gelegenheit wahr, für eine größere finanzielle Entlastung von Familien mit Kindern zu plädieren.

„Der Zusammenhang von Frauen in Führungspositionen und Geschäftserfolg ist belegt“ ILO-Studie

(fpd) Eine aktuelle Studie der International Labour Organization (ILO) (Genf) „belegt“, so die ILO, „den Zusammenhang zwischen Frauen in Führungspositionen und Geschäftserfolg“. Der steigende Anteil von Frauen im Arbeitsmarkt sei „der stärkste Antrieb für weltweites Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit“. Dennoch seien „nur knapp 5 Prozent des globalen Führungspersonals der weltgrößten Unternehmen Frauen“. Und: „Je größer das Unternehmen, umso weniger wahrscheinlich ist es, dass in der Top-Führungsposition eine Frau zu finden ist.“ Es sei noch „ein langer Weg zurückzulegen, bis wir Geschlechtergleichheit am Arbeitsplatz erreicht haben, besonders wenn wir uns die Top-Management-Positionen ansehen“. Wichtige Erkenntnisse der ILO-Studie sind:

- Norwegen hat mit 13,3 % die weltweit höchste Zahl von Unternehmen mit einer Frau als Vorsitzenden, gefolgt von der Türkei mit 11,1 %.
- Frauen führen oder besitzen gegenwärtig 30 % aller Geschäftsbetriebe, sind aber häufiger in kleinen oder mittleren Unternehmen zu finden.
- Es bedarf flexibler Lösungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Voraussetzung für den Aufstieg von Frauen in Führungspositionen; die ILO gibt folgende Empfehlungen:
 - Unterstützung bei Kinderbetreuung und Mutterschutz zahlen sich für die Unternehmen bei der Suche nach talentierten Frauen aus.
 - Bekämpfung der sexuellen Diskriminierung und Pflege einer familienfreundlichen Kultur, auch als Mittel zum Abbau kultureller Barrieren.
 - Frauen sollten von Beginn ihrer Berufslaufbahn an ebenso herausfordernde Aufgaben übertragen bekommen wie Männern.
- Einführung einer geschlechter-sensiblen Personalpolitik.

Die ILO-Studie betont ausdrücklich, dass der Fortbestand aufstiegshinderlicher „gläserner Wände“ sich auch daraus erklärt, dass „sich Frauen auf bestimmte Managementbereiche wie Personalentwicklung, Kommunikation und Verwaltung konzentrieren.“

Deutschland auf Platz 55

ILO zufolge hat Jamaica mit 59,3 % weltweit den höchsten Anteil von Managerinnen, der Jemen mit 2,1 % den geringsten. Die USA liegen mit 42,7 % weiblichen Managern auf Platz 15, Russland mit 39,1 % auf Platz 25. Deutschland erreicht mit einem Managerinnen-Anteil von 31,1 % nur den 55. Rang in der insgesamt 158 Länder umfassenden Liste.

Quoten vermeiden?

Die Direktorin der ILO-Abteilung für Unternehmensaktivitäten, Deborah France-Massin, kommentierte die Perspektiven der Gleichstellungspolitik am Arbeitsmarkt so: „Wenn wir nichts unternehmen, brauchen wir 100 bis 200 Jahre, um Gleichheit im Top-Management zu erreichen. Es ist Zeit, die gläserne Decke zu zerschlagen, um umstrittene verpflichtende Quoten zu vermeiden, die nicht immer notwendig oder effektiv sind. Frauen in Top-Positionen sind einfach gut fürs Geschäft.“

Familienpolitische Vorhabenplanung für 2015 : Kinderfreibeträge und Kindergeld

(fpd) „Die Union wird an ihrer Gestaltung der Familienpolitik festhalten.“ Dies erklärte der familienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marcus Weinberg, in seiner Stellungnahme zur forsa-Studie „Ansprüche ans Elternsein“ (vgl. S.1). Er fügte hinzu: „Im Rahmen der Vorhabenplanung für dieses Jahr sind die Erhöhung der Kinderfreibeträge sowie die Erhöhung des Kindergeldes zentrale Anliegen.“ Obwohl die aktuelle Familienpolitik von der SPD-Ministerin Schwesig verantwortet wird, sprach Weinberg nicht von der Familienpolitik der Koalition, sondern formulierte wörtlich: „Die forsa-Studie zeigt, dass die Familienpolitik der CDU/CSU-Fraktion wirkt. Für die Union stehen immer das Wohlergehen von Familien und ihre Entscheidungsfreiheit im Vordergrund, nicht die Vorgabe bestimmter Familienmodelle.“ (S. auch S.5)

Auch die Leistungen für Alleinerziehende und Geringverdienende sind zu erhöhen

(fpd) Die „finanziellen Spielräume, die sich jetzt (nach Erreichen der „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt) auftun“, sollten nach Ansicht der stv. Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Carola Reimann, „vor allem für die Familien genutzt werden“. Sie konkretisierte: „Wir sollten das Kindergeld, den Kinderfreibetrag, den Freibetrag für Alleinerziehende und den Kinderzuschlag für Geringverdienende sehr bald erhöhen, also schon für das laufende Jahr.“ Anfang Januar war in Aussicht gestellt worden, dass sich Bundesfinanzminister und Bundesfamilienministerin bis Ende Januar/Anfang Februar auf einen gemeinsamen Vorschlag verständigen könnten.

Beamtenkinder sind gleich viel wert – Erziehungszeiten in der Beamtenversorgung

(fpd) Mütter erfuhren zwar „mehr Wertschätzung“ als in der Vergangenheit, wie die verbesserte Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente belege, dies gelte aber „nicht für alle Mütter“, betonte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer. Es sei „schlicht und einfach ungerecht, wenn Erziehungsleistungen von Beamtinnen und Beamten, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, „nicht entsprechend gewürdigt“ würden. Anlässlich der dbb Jahrestagung am 12. Januar sagte sie: „Wie kann eine solche Anerkennung vor Jahreszahlen oder Systemgrenzen haltmachen? Wir haben uns gemeinsam mit dem dbb den Einsatz für die systemgerechte Anerkennung von Erziehungszeiten auf die Agenda gesetzt, um deutlich zu machen, dass Kindererziehung ein gesamtgesellschaftliches Thema ist.“

Mehrgenerationenhäuser sollen bedingt auf Dauer gefördert werden können

(fpd) Die familien- und kommunalpolitischen Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben die Fortführung der Bundesförderung für Mehrgenerationenhäuser als „Schritt in die richtige Richtung“ begrüßt. „Wir freuen uns, dass die Bundesfamilienministerin dieses Ziel und die von CDU und CSU erarbeitete Idee der Mehrgenerationenhäuser tatkräftig unterstützt“, erklärten sie gemeinsam. Positiv vermerkten sie, dass der Bund bereit sei, die Mehrgenerationenhäuser „unter bestimmter Bedingungen dauerhaft zu fördern“. Dies sei ein wichtiges Signal an die Kommunen und die Betreiber. Das Bundesfamilienministerium sei aber „jetzt jedoch gefordert, ein tragfähiges Konzept so rechtzeitig vorzulegen, dass das Signal und die guten Aussichten tatsächlich in einer Planungssicherheit münden“.

Bessere Hilfen für wohnungslose Frauen und deren Kinder erforderlich

(fpd) Bessere Hilfen für wohnungslose Frauen und deren Kinder sind nach Ansicht der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe dringend erforderlich. Auch müssten Frauen, die allein oder mit ihren Kindern wohnungslos werden, von den Kommunen „in Wohneinheiten untergebracht werden, in denen sie vor sexuellen Belästigungen oder Übergriffen sicher sind“. Insbesondere dürften die Kinder „nicht voreilig von der Mutter getrennt und Pflegefamilien zugewiesen werden“. Darüber hinaus betont die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, dass die „ordnungsrechtliche Unterbringung keinesfalls zum Dauerzustand werden“ dürfe. Benötigt würden dringend „bezahlbare Wohnungen und ein Frühwarnsystem, das hilft, Wohnungslosigkeit zu verhindern“.

Es fehlt an Wohnraum für junge Frauen aus prekären Familienverhältnissen

(fpd) Auf das Fehlen von Wohnraum für junge Frauen aus prekären Familienverhältnissen, die auf dem „Weg der Verselbständigung“ seien, hat das Kölner Beratungszentrum „Lobby für Mädchen e.V.“ hingewiesen. Diese jungen Frauen zeigten „Selbstverantwortung in Form von Auszug aus dem elterlichen Haushalt“, hätten aber wenig Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Nicht einmal eine 40-h-Woche garantiere ihnen ein Einkommen, von dem sie leben könnten. Und wenn die Mädchen über 21 Jahre alt seien, werde „ihnen in der Regel keine Jugendhilfe mehr gewährt“. Dringend nötig seien mehr Wohnraum für Einpersonenhaushalte.

„Politik braucht Frauen!“ – Mentoring-Programm in Niedersachsen gestartet

(fpd) Als Instrument gegen die Unterrepräsentanz von Frauen in den kommunalen Gremien ist in Niedersachsen ein Mentoring-Programm „Politik braucht Frauen!“ gestartet worden. Bei der Kommunalwahl 2011 hätten Frauen in den Gemeinderäten nur 22,6 % und in den Kreistagen nur 26,8 % der Sitze errungen, teilte das Gleichstellungsministerium in Hannover mit. Mit dem Mentoring-Programm, in dessen Rahmen 442 Tandems aus Mentees und Mentor/innen an den Start gehen, „deutlich mehr als erwartet“, solle das geändert werden. Betreut werden die Tandems landesweit durch kommunale Gleichstellungsbeauftragte, die – so das Ministerium – „in ihren jeweiligen Mentoring-Zentren eine Vielzahl von Angeboten vorhalten. Info: www.politik-braucht-frauen.de

Unternehmerinnen fordern Sicherung von Betriebsvermögen bei Erbschaftssteuer

(fpd) Der Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU) fordert die „Sicherung der Betriebsvermögen bei Neuregelung der Erbschaftssteuer“. „Im Interesse des Gemeinwohls“ müsse „der Fortbestand des Unternehmens bei der Besteuerung des Erbes im Fokus stehen, zumal die Erbschaftssteuer auf bereits versteuertes Vermögen erhoben“ werde, so der VdU. Nach Ansicht der Unternehmerinnen muss die anstehende Erbschaftssteuerreform mit der Festlegung klarer und angemessener Bewertungsgrundlagen und einer deutlichen Steuervereinfachung einhergehen. Diese könne nach dem „10-10-Modell“ des Bundesverbands der Steuerberater erfolgen, das bei einer Unternehmensfortführung eine Besteuerung des Ertrags in Höhe von 10 Prozent für einen Zeitraum von 10 Jahren empfehle.

Zustimmung und Rechtsbedenken gegen die Einführung „quengelfreier“ Kassen

(fpd) Der Vorstoß der Großen Koalition zur Einführung sogenannter „quengelfreier“ Supermarktkassen trifft weitgehend auf Zustimmung, aber auch auf rechtliche Bedenken. Es soll verhindert oder erschwert werden, dass sich Kinder im Wartebereich vor den Kassen dort speziell angebotene Süßigkeiten durch „Quengeln“ erstreiten. Was aus Sicht des Jugendgesundheitschutzes positiv zu bewerten sei, könne insbesondere (verfassungs-)rechtliche Schwierigkeiten bereiten, weil es das Recht des Unternehmens beschränke, darüber zu entscheiden, wo zulässige Waren angeboten werden. Unbedenklich seien demgegenüber freiwillige Selbstbeschränkungen. Auch seien es die Eltern, die gegenüber ihren Kindern letztverantwortlich über deren Einkaufsverhalten entscheiden sollten.

Frauen und Junge Union halten Distanz zum Islam-Bekenntnis der Bundeskanzlerin

(fpd) In der Frauen Union (FU) und in der Jungen Union (JU) sind Stimmen vernehmbar, die eine deutliche Distanz zu der Feststellung von Angela Merkel erkennen lassen, dass der Islam zu Deutschland gehöre, bei der FU inoffiziell, bei der JU und in der Unionsfraktion hingegen offiziell. Der Kanzlerin, die sich anlässlich der Attentate in Paris und Brüssel und der „Pegida“-Proteste zu dieser Aussage veranlasst sah, wird insbesondere entgegengehalten, dass die islamische Rechtsordnung der „Scharia“ und die dem Islam innewohnende Entrechtung der Frau nicht „Teil von Deutschland“ sein und werden dürften. „Die Wurzeln unseres Landes sind von der christlich-jüdischen Tradition geprägt, nicht durch den Islam“, erklärte der Bundesvorsitzende der Union, Paul Ziemiak.

Der stv. Vorsitzende der Unionsfraktion, Wolfgang Bosbach, sagte zu der Merkel-Diagnose: „Die Begeisterung über den Satz hält sich an unserer Basis in Grenzen.“ Die CDU-Abgeordnete Erika Steinbach sagte, der umstrittene Satz, dass der Islam zu Deutschland gehöre, werde von zwei Drittel der Fraktionsmitglieder nicht geteilt. Die Fraktionsmehrheit sei, anders als die Kanzlerin, der Ansicht, dass zwar die Muslime zu Deutschland gehörten, nicht aber der Islam.

„Wirtschaft verstärkt Druck auf EU-Kommission gegen Gleichstellungspolitik“

(fpd) Die „Wirtschaftslobby“ verstärkt nach Beobachtung des Deutschen Frauenrats ihren Druck auf die EU-Kommission gegen einen weiteren Ausbau der Gleichstellungspolitik. Daher hätten inzwischen „20 Organisationen für Gleichstellung und Umweltschutz“ an die EU-Kommission appelliert, eine Eingabe „zu ignorieren“, in der der Europäische Arbeitgeberverband BusinessEurope die EU-Kommission bedränge, „noch ausstehende EU-Vorschriften unter anderem zur Gleichstellung der Geschlechter abzulehnen“ (vgl. fpd 629,S.2, 630,S.4) -

Das Arbeitsprogramm der neuen EU-Kommission stellt nach der Bewertung von AA-Staatsminister Michael Roth (SPD) gegenüber dem der Barroso-Kommission „ein klares Zeichen der Diskontinuität“ dar. Vor dem EU-Ausschuss des Bundestags betonte er, Schwerpunkt der Juncker-Kommission seien „Wachstum und Beschäftigung“. Darüber hinaus lege sich die Kommission „mit rund 80 zurückgezogenen Initiativen eine (Selbst-) Beschränkung auf“. Ob sich unter den zurückgezogenen Initiativen auch, wie befürchtet werden könnte, solche frauen- und gleichstellungspolitischer Relevanz sind, wird aus den – aus nichtöffentlicher Sitzung – vorliegenden Informationen nicht deutlich.

Gewerkschaftliche Anerkennung für Gleichstellungsinitiativen der Regierung

(fpd) „Seit die neue Bundesregierung im Amt ist, stellen wir fest, dass sich auch im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern mehr bewegt“, schreibt die Leiterin der Abteilung Frauen/Gleichstellung im Hauptvorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie, Cornelia Leunig, im IG BCE-Organ „Impuls“. Jetzt würden „Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht und Themen der Vereinbarkeit für Frauen und Männer stärker in den Fokus von Politik“ gerückt. Beispielsweise sei dafür das sogenannte „Quotengesetz“, das nach wie vor die Gemüter erhitze, besonders die der Wirtschaftsvertreterinnen und –vertreter.“

Die Bundesregierung habe sich im ersten Jahr ihrer Amtszeit „nach Jahren des Stillstands“ „auch gleichstellungspolitisch auf den Weg gemacht“, vermerkt die Leiterin der Abteilung für Frauen, Gleichstellungs- und Familienpolitik beim DGB-Bundesvorstand, Anja Weusthoff, im DGB-Organ „frau geht vor“. Dabei, so heißt es weiter, würden sich „viele gleichstellungspolitisch wichtige Vorhaben“ für die „engagierte Ministerin nicht gerade als Selbstläufer“ erweisen. „Besonders energischer Widerstand notorischer Bedenkensträger“ sei dort zu verzeichnen, „wo es um Macht und Einfluss geht“.

Nicht mehr, sondern weniger Frauen in Vorständen börsennotierter Unternehmen

(fpd) Die Zahl der Frauen in Vorständen deutscher börsennotierter Unternehmen ist nach Erkenntnis der Ernst & Young-Unternehmensberatung im abgelaufenen Jahr nicht gestiegen, sondern gesunken. Ende 2014 hätten den Vorständen der 160 Dax-Unternehmen (Dax-30, M-Dax, S-Dax, TecDax) bei 626 Männern nur noch 37 Frauen angehört, Ende 2013 seien es noch 41 gewesen. Nur in den Dax-30-Unternehmen sei der Frauenanteil von 11 auf 14 (= 7 %) angestiegen.

Für die Besetzung von Führungspositionen unterhalb der Vorstandsebene haben mehrere Groß-Unternehmen neue frauenfördernde Zielsetzungen beschlossen. Die Allianz SE will bis Ende 2015 30 % dieser Positionen in Deutschland mit Frauen besetzen, ebenso die Deutsche Telekom. Die Henkel AG will den bereits jetzt 32 % betragenden Frauenanteil bei ihren Führungspositionen in diesem Jahr weiter erhöhen.

Unterrepräsentanz von Frauen am deutlichsten auf der kommunalen Ebene

(fpd) Die Unterrepräsentanz von Frauen im politischen Leben wird nach Feststellung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) „auf der kommunalen Ebene am deutlichsten“. Nur 10 % der Landkreise und kreisfreien Städte würden von einer Landrätin bzw. Oberbürgermeisterin geleitet und in den kommunalen Vertretungskörperschaften kämen Frauen mit einem Anteil von durchschnittlich 25 % noch immer nicht angemessen zum Zuge. In den Landtagen variere der Frauenanteil zwischen 18 % in Baden-Württemberg und 40 % in Brandenburg, Bremen und Rheinland-Pfalz.

„Sanktionen, damit die Umsetzung von Gleichberechtigung ernstgenommen wird“

(fpd) Der Landesfrauenrat und die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros in Niedersachsen haben die Landesregierung gemeinsam aufgefordert, bei der Novellierung des Landes-Gleichstellungsgesetzes „mutig zu modernisieren“. „Offensichtlich“ sei das Abstimmungsverfahren zwischen den Ministerien „ins Stocken geraten“ (vgl. fpd 627,S.3). Es könne „nicht sein, nur die Novellierung von 2010 zurückzunehmen“. Vielmehr sollten „auch wichtige Positionen, wie z.B. die des ehemaligen Verfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier zur Quote aufgegriffen werden“ (s. fpd 620,S.1, 630,S.4). Darüber hinaus fordern beide Gremien „Sanktionsmöglichkeiten, die wirken, damit die Umsetzung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes von Landesbehörden und Kommunen ernst genommen wird.“

Modellprojekt „Geschlechterrolle vorwärts – gemeinsam in neue Richtungen“

(fpd) Ein Modellprojekt „Geschlechterrolle vorwärts – gemeinsam in neue Richtungen denken“ hat der Deutsche Frauenring (DFR) gestartet. Das vom Bundesfrauenministerium geförderte Projekt ist der Überwindung der tradierten Rollenstereotype gewidmet. Diese sind nach Ansicht des DFR „der Haupthinderungsgrund für Geschlechtergerechtigkeit in unserer Gesellschaft“. Mit einer bundesweiten Workshop-Reihe will der Frauenring erreichen, „dass Männer und Frauen ihre Stärken unabhängig von ihrem Geschlecht entwickeln können und ihre Individualität nicht hinter Rollenstereotypen verschwindet“. Der erste Workshop soll am 21. März 2015 in Berlin stattfinden. Info: www.geschlechterrollevorwaerts.de

Jahreskonferenz 2015 der Frauen- und Gleichstellungsminister/innen in Berlin

(fpd) Die Hauptkonferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und –minister, –senatorinnen und –senatoren (GFMK) findet 2015 am 2. und 3. Juli unter dem Vorsitz der Berliner Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat (SPD), in Berlin statt. Die übliche Vorkonferenz zur Abstimmung der Tagesordnung wurde für den 23./24. April in Berlin anberaumt. Die Vorsitzende nannte 4 Schwerpunkte: 1. die politische Berücksichtigung der sich verändernden Lebensformen, 2. das Voranbringen der partnerschaftlichen Erziehungsteilung, 3. die Herstellung von Entgeltgleichheit bei Frauen und Männern und 4. die Verbesserung der finanziellen Situation von Hilfeleistungen im Anti-Gewalt-Bereich. Zu Punkt 1 sagte sie, mittlerweile seien 10 % der Elternpaare nicht mehr verheiratet; Berlin sei mit 32 % „die Stadt der Alleinerziehenden“. -

Entgeltgleichheit nur in Großbetrieben?

(fpd) Der Deutsche Frauenrat (DF) hat das geplante „Entgelttransparenzgesetz“ am 19. Januar auch im Gespräch mit der Bundeskanzlerin angesprochen (s.S.6) und, wie mitgeteilt wurde, „vor allem seine Beschränkung auf Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten“ kritisiert. „Um Entgeltgleichheit besser durchzusetzen“, müssten auch kleinere Betriebe, vor allem solche mit hohem Frauenbeschäftigungsanteil und „die Minijobpraxis“, so der DF, „kritisch beleuchtet werden“.

„Führungsfrauen in der Bundeswehr im Verhältnis zum Frauenanteil in der Truppe“

(fpd) Mit einem „Attraktivitätssteigerungsgesetz“ (18/3697) soll die Bundeswehr im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um geeigneten Nachwuchs besser positioniert werden. Der Entwurf sieht auch familien- und gleichstellungspolitisch relevante Maßnahmen vor, z.B. eine regelmäßige Wochenarbeitszeit von 41 Stunden, die Möglichkeit des Teilzeitdienstes und Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Besoldung, Beförderung und sozialer Absicherung. Die Kosten für das „Attraktivitätsprogramm“ werden für die Zeit von 2015 bis 2018 auf 1 Milliarde Euro veranschlagt. Um den bereits vor 10 Jahren gesetzlich fixierten Frauenanteil von 15 %, der gegenwärtig 10 % beträgt, doch noch zu erreichen, soll die Frauenförderung weiter ausgebaut werden. Ziel sei „ein Anteil von Frauen in Führungspositionen, der dem in der Truppe angemessen ist“, erklärte die Verteidigungsministerin. Im Sanitätsdienst gebe es „genauso viele junge Ärztinnen wie junge Ärzte“, aber dennoch „in der Spitze fast keine Frauen“. Von der Leyen wörtlich: „Deshalb müssen wir hier auch über Quoten mit klaren Zeitleisten nachdenken.“

Zitat

Ahnung
„Die jetzige Spitze des Ministeriums hat überhaupt keine Ahnung von dem Apparat. Es wäre gut, wenn sich ein Verteidigungsminister auch mal mit der Armee beschäftigt. Das ist doch kein Familienministerium. An diesem Haus hängt viel mehr dran als an anderen.“

Johannes Kahrs, MdB (SPD), Oberst d. Res., Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für die Belange von Lesben und Schwulen

Die Frauenbeschäftigungsquote im Osten wächst schneller als im Westen der Republik

(fpd) Auf dem Arbeitsmarkt ist Deutschland auch 25 Jahre nach dem Fall der Mauer zweigeteilt: In den Ost-Bundesländern sind erheblich mehr Frauen beschäftigt als im Westen. Zwischen einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten liegen bis zu 27 %-Punkte Differenz. „Und: Die Kluft wächst weiter.“ Diese Feststellung trifft die aktuelle Studie „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann-Stiftung. Die Frauenbeschäftigungsquote gibt an, wie viel Prozent der weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren am Wohnort als sozialversicherungspflichtig gemeldet sind. Seit 2006 hat sich die Quote im Osten von 50,9 auf 57,9 % erhöht, im Westen von 45,8 auf 50,9 %. Trotz dieser in beiden Teilen Deutschlands positiven Entwicklung nimmt aber auch die Differenz zwischen Ost und West weiter zu: von 5,1 %-Punkten in 2006 auf 7,0 in 2012. Die wichtigsten Erkenntnisse der am 14. Januar publizierten Untersuchung sind:

- Während im Osten die Frauenbeschäftigungsquote 2012 bei 57,9 % lag, kam der Westen Deutschlands nur auf einen Wert von 50,9 %.
- Spitzenreiter bei der Beschäftigung von Frauen ist Sachsen mit 58,5 %, gefolgt von Brandenburg und Thüringen mit je 58,0 %.
- Die geringsten Frauenbeschäftigungsquoten haben Saarland (47,2 %), NRW (47,5 %), Niedersachsen (50,4 %) und Rheinland-Pfalz (50,6 %)
- Die hohen Quoten in Potsdam (60,1 %), Suhl (58,6 %) und Dessau (58,5 %) sowie die niedrigen in Heidelberg (38,7 %), Gelsenkirchen (39,7 %) und Trier (40 %) erklären sich aus den egalitär geprägten Ost-Rollenbildern und der Hauptverdiener-Tradition im Westen.

Die Bertelsmann-Stiftung hat die Studie (www.wegweiser-kommune.de), die Daten für alle Kommunen ab 5.000 Einwohner/innen bereithält, mit kritischen Empfehlungen an die Politik versehen, insbesondere diesen:

Handlungsbedarf

- Trotz des leichten Anstiegs der Frauenbeschäftigung besteht Handlungsbedarf aus politischer und demografischer Sicht, denn:
 - Niedrige Beschäftigungsquoten erhöhen das Risiko von Altersarmut bei Frauen, zumal bei Frauen auch unterbrochene Erwerbsbiografien und das niedrigere Lohnniveau zu geringeren Einzahlungen in die Rentenkasse und damit zum Risiko der Altersarmut beitragen.
 - Da die Zahl potenzieller Arbeitskräfte in der Altersgruppe von 25-64 Jahren bis zum Jahr 2030 um 11,1 % zurückgehen wird, ist es erforderlich, mehr Frauen eine Berufstätigkeit zu ermöglichen.
 - Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit teilzeitbeschäftigter Frauen wäre bei verbesserten Rahmenbedingungen „nicht nur ein Hebel zum Ausgleich der demografischen Nachteile, sondern würde auch dem persönlichen Risiko einer wachsenden Altersarmut entgegenwirken“.

„Ohne Ganztags-Kinderbetreuung keine Erhöhung der geringen Frauenbeschäftigung“

(fpd) „Besonders in Westdeutschland fehlen Frauen häufig immer noch die notwendigen Rahmenbedingungen, um einer finanziell ausreichenden Berufstätigkeit nachgehen zu können.“ Diesen Schluss zieht die Arbeiterwohlfahrt (AWO) aus der aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung über die Entwicklung der Frauenbeschäftigungsquoten (s.o.). „Ohne eine verlässlich gute Kinderbetreuung in Kita und Schule auch am Nachmittag wird sich an der geringen Berufstätigkeit nichts ändern“, prognostiziert die AWO. Sie erinnert daran, dass Frauen „aus Gründen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie mehrheitlich im Teilzeit- und Leiharbeitsbereich tätig“ seien. Auch sei die Zahl der „solo-selbständig“ tätigen Frauen gestiegen, „die nachweislich kaum etwas für ihre Altersvorsorge übrig haben“. Viele würden später von ihrer Rente nicht leben können.

„Von Gleichberechtigung weft entfernt“

Dass Frauen „also insgesamt eher in schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen“ beschäftigt seien, begründet sich nach Einschätzung der AWO „zum einen in falschen steuerlichen Anreizen innerhalb der Ehe, zum anderen in der ihnen zugewiesenen Hauptverantwortung für Kinderbetreuung und Haushaltsorganisation“. Regelungen wie das Ehegattensplitting täten „den Frauen nicht den vermeintlichen Gefallen, den sie sich erhoffen“. Von Gleichberechtigung in der Arbeitswelt seien wir in Deutschland „noch weit entfernt“.

Mit Berufsrückkehrerinnen der Personalnot in den Kindertagesstätten begegnen

(fpd) Die Bemühungen, mit Berufsrückkehrerinnen der durch die Einführung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung größer gewordenen Personalnot in den Kitas zu begegnen, hatten nach Mitteilung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Nürnberg) und des Deutschen Jugendinstituts (München) zumindest einen Teilerfolg. Im Jahr 2013 seien immerhin 31.000 Erzieherinnen und Erzieher, die zuvor in anderen Tätigkeitsbereichen beschäftigt seien, wieder in den erlernten Beruf zurückgekehrt.

Modellprojekt „Kinderbetreuungslotse“ hilft Alleinerziehenden bei der Arbeitssuche

(fpd) In der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz ist ein zunächst auf 3 Jahre befristetes Modellprojekt „Kinderbetreuungslotse“ angelaufen. Auf der Basis einer Vereinbarung zwischen der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) hilft erstmals eine „Kinderbetreuungslotsin“ alleinerziehenden Müttern bei der Suche nach einer Erwerbsbeschäftigung. Die Beraterin soll den Hartz-IV-Bezieherinnen bei Gesprächen mit Arbeitgebern und der Regelung von Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie helfen.

Berufsbildende Schulen müssen ihre Unterrichtszeiten familienfreundlicher umgestalten

(fpd) Angesichts des Fachkräftemangels einerseits und der Tatsache andererseits, dass fast die Hälfte aller jungen Mütter zwischen 16 und 24 Jahren keine Ausbildung absolviert habe, müsse die Teilzeitausbildung ausgebaut werden, erklärte Esther Hartwich, Bereichsleiterin Ausbildung des DIHK. Dies eröffne Chancen sowohl für die Betriebe als auch für junge Frauen. Allerdings könne der Ausbau der Teilzeitausbildung nur dann Erfolg haben, wenn die berufsbildenden Schulen ihre Unterrichtszeiten familienfreundlich umgestalten und die Kinderbetreuung gewährleistet sei.

Die Betreuungszeiten für Kinder passen nicht zu möglichen Arbeitszeiten der Mütter

(fpd) Familienfreundliche Zeitstrukturen machen es Müttern und Vätern leichter, in gewünschtem Umfang erwerbstätig zu sein. Die Kommunen sollten mithelfen, die Betreuungszeiten in Kita und Schule, die Öffnungszeiten der Behörden und Geschäfte oder die Fahrzeiten von Bus und Bahn aufeinander abzustimmen, fordert das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult nach einer Befragung von 1.200 Müttern mit Kindern unter 15 Jahren. Von den in Städten lebenden Müttern hätten 72 % beklagt, die Betreuungszeiten passten nicht zu den möglichen Arbeitszeiten; in den ländlichen Regionen hätten sogar „mehr als 80 % der Mütter vor diesem Dilemma“ gestanden.

„Mehr Frauen sollten den Mut zum Weg in die berufliche Selbstständigkeit haben“

(fpd) Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Weibewirtschaft eG als „Europas größtem Gründerinnenzentrum“ sieht Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig es für geboten, dafür zu „werben, dass mehr Frauen den Mut haben, ihr eigenes Unternehmen zu gründen und den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen“. Die deutsche Wirtschaft brauche die Kreativität der Selbstständigen und die Ideen der Frauen. Sie wies darauf hin, dass die im August 2014 gegründete Initiative „Frauen gründen“ bemüht sei, mit speziell auf die Belange von Gründerinnen ausgerichteten Beratungsangeboten, auch bei der Vereinbarkeit von Selbstständigkeit und Familie, zu helfen und Hürden bei der Gründung abzubauen.

Projekt „Migrantinnen gründen“ gestartet – Hilfe beim Weg in die Selbstständigkeit

(fpd) Mit Begleitung und Evaluation durch das Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim und in Zusammenarbeit mit jump – ihr Sprungbrett in die Selbstständigkeit e.V. hat das Bundesfrauenministerium zum Jahresbeginn ein auf 2 Jahre angelegtes Programm „Migrantinnen gründen“ gestartet. Ziel sei es, „Migrantinnen durch Mentoring und Vernetzung auf dem Weg in die Selbstständigkeit zu begleiten“, erklärte das Ministerium. Bisher fehlten „Projekte zur Unterstützung von Migrantinnen bei der Existenzgründung weitgehend, obwohl Migrantinnen vielfach unternehmerisches Potenzial mitbringen, aber speziellen Unterstützungsbedarf haben“.

Literaturhinweis

(fpd) „Familienbewusste Personalpolitik für Väter – so funktioniert's“, Ratgeber mit Checklisten und Serviceangeboten, besonders für Arbeitgeber, herausgegeben vom Bundesfamilienministerium, im Internet einzusehen und zum Herunterladen unter www.erfolgsfaktor-familie.de

SPD will in diesem Jahr mehr für die „gehetzte Generation“ der 30-50-Jährigen tun

(fpd) Zu den „wichtigsten Punkten“ ihres „Arbeitsprogramms für 2015“ erklärte die Jahresauftakt-Klausur der SPD-Bundestagsfraktion die Verbesserung der Situation von Leiharbeiter/innen und die Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen. „Auch die Lohnungleichheit von Männern und Frauen und die Frauenquote sind Themen, die die SPD-Fraktion vorantreiben wird“, versicherte Fraktionsgeschäftsführerin Christine Lambrecht. Zusätzlich und über den Koalitionsvertrag hinaus wolle die SPD mehr für die mittlere Generation zwischen 30 und 50 Jahren tun, die „häufig gleichzeitig von Beruf und Kindererziehung stark beansprucht“ sei und sich als die „gehetzte Generation“ empfinde.

CDU will bei Frauen und Jungen „als moderne Großstadtpartei“ wahrgenommen werden

(fpd) Die CDU wolle ihr Profil „als moderne Großstadtpartei stärken“. Dies hat der CDU-Bundesvorstand in einer (im Zusammenhang mit den Wahlen in Hamburg und Bremen stehenden) „Hamburger Erklärung“ beschlossen. Es heißt darin u.a. „Zu viele Bevölkerungsgruppen wie z.B. Frauen, Unternehmer, Migranten und Jugendliche sind in politischen Gremien unterrepräsentiert. Hier wollen wir für mehr Beteiligung werben und uns dafür einsetzen.“ Es gelte, „noch mehr Jüngere und Frauen für die CDU (zu) begeistern.“ Ob mit der Willensbekundung zum Einsatz für eine bessere Beteiligung Jugendlicher auch die Bereitschaft verbunden ist, den Widerstand gegen die Herabsetzung des Wahlalters durch Abkehr von der Bindung an die Volljährigkeit aufzugeben, kann der „Hamburger Erklärung“ nicht entnommen werden.

Frau & Recht

Piraten scheiterten mit Attacke auf gleichstellungspolitische Wahlvorschriften

(fpd) Die Piratenpartei ist vor dem Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz (VGH) in Koblenz mit ihrem Begehren gescheitert, die gleichstellungspolitisch relevanten Vorschriften des Kommunalwahlgesetzes für verfassungswidrig zu erklären. Diese verlangen von Parteien und Wählergruppen eine Dokumentation, von wie vielen Frauen und Männern die Liste der Wahlbewerber/innen aufgestellt wurde und wie viele Frauen und Männer bei der Aufstellung des Wahlvorschlages zum Zuge kamen. Die Piraten argumentierten, ihre Mitglieder seien weit überwiegend männlich und würden durch die Vorschriften zur Frauenförderung in ihren Chancen und Freiheitsrechten eingeschränkt. Wenn aber nach Frauen und Männern unterschieden werde, müsse auch nach dem „dritten Geschlecht“ der Transgender-Menschen gefragt werden, denen sich die Piraten besonders verbunden fühlten. Der rheinland-pfälzische VGH kam allerdings zu dem Ergebnis, dass die Rechte der Piratenpartei von den kommunalwahlrechtlichen Vorschriften nicht verletzt würden. Politische Einschätzungen und Überzeugungen befreiten nicht von der Verpflichtung zur Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, auf deren Reform oder Revision auf demokratisch vorgegebenem Weg aber hingewirkt werden dürfe, befanden die Verfassungsrichter.

Mit der Transgender-Problematik befasste sich der VGH nicht, weil sie über das zu überprüfende Kommunalwahlrecht hinausginge. (Inzwischen gibt es, wie berichtet (s. fpd 629, S.5), eine Gerichtsentscheidung aus Hannover, nach der es zumindest personenstandsrechtlich ein „drittes Geschlecht“ nicht gibt.) Während die Piraten die rot-grünen Kommunalwahlrechtsbestimmungen nicht antasten konnten, war es der CDU, wie ebenfalls berichtet (vgl. fpd 613, S.3, 618, S.3) im Juni 2014 gelungen, die weitergehenden frauenfördernden Vorschriften nach Bekanntgabe des derzeitigen Frauenanteils in der zu wählenden Kommunalvertretung und des Geschlechts der Wahlbewerber/innen auf dem Wahlschein als verfassungswidrig zu Fall zu bringen.

Frauen & Kirche

Ehe- und Familien-Ideal einerseits – moderne Formen des Zusammenlebens andererseits

(fpd) Das seit Jahren umstrittene Dauerthema des Umgangs der katholischen Kirche mit wiederverheirateten Geschiedenen und gewandelten Formen des Zusammenlebens wird auch 2015 das Verhältnis zwischen Amtskirche und Laien prägen. Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) hat die Entscheidung des Vatikans begrüßt, die Vorbereitung auf die 2015 stattfindende Synode zum Thema „Berufung und Mission der Familie in der Kirche und der heutigen Welt“ erneut mit einem Fragebogen zu intensivieren. Der KDFB freue sich, dass ausdrücklich gefragt werde, ob die „Beschreibung der Familienrealität“ im Schlussdokument der a.o. Synode 2014 „dem entspricht, was in der Kirche und Gesellschaft von heute wahrgenommen wird“, sagte KDFB-Präsidentin Maria Flachsbarth in Köln. Es gehe dabei um die „grundsätzliche Frage, wie jenseits des katholischen Ehe- und Familienideals auch andere Formen des Zusammenlebens geschätzt und pastoral begleitet werden können“. In der Stellungnahme heißt es auch:

„Die Anerkennung verschiedener Beziehungsformen, das Nachdenken über Empfängnisverhütung im Zusammenhang mit der Schaffung familienfreundlicher Strukturen oder ein veränderter Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen und gleichgeschlechtlichen Paaren stellen nach KDFB-Meinung eine große Herausforderung für die Kirche dar.“

Frauen & Medien

Verteidigungsministerin bevorzugt die Begleitung von Frauenpresse-Reportern

(fpd) „Anders als ihre Vorgänger nehmen Sie gern Reporter von Frauenzeitschriften oder von Zeitschriften, die viel von Frauen gelesen werden, mit auf Ihre Reisen. Wollen Sie die „Tina“-Leserin für die Bundeswehr begeistern?“ Diese Frage in einem „Spiegel“-Interview hat Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen so beantwortet: „Selbstverständlich. Frauen wie Männer sollen sich für die Bundeswehr begeistern. Und es gibt bestimmte Zeitungen und Zeitschriften, die werden eher von Frauen und andere eher von Männern gelesen. Das gehört auch mit zur Professionalität bei der Nachwuchswerbung.“

„style PASS“ – Magazin für Frauenfußball – neu am Zeitschriftenmarkt

(fpd) Als erstes regelmäßig erscheinendes Magazin für Frauenfußball ist jetzt „style PASS“ am Zeitschriftenmarkt. Das Magazin ist kein Produkt der bekannten Großverlage, sondern wird von der Initiatorin und Chefredakteurin Eva Britsch im neu gegründeten Eigenverlag herausgegeben. „style PASS“ will offenbar Lifestyle mit Mode und Sport verbinden, Frauen für Fußball begeistern. Vergleichen zwischen Frauen- und Männerfußball soll aber publizistisch entgegen gewirkt werden, u.a. in einer „Machoecke“. Das neue Heft soll zunächst alle 6 Wochen in einer Anfangsaufage von 30.000 Stück erscheinen.

Personallen

Mehr Männer als Frauen in der neuen Kommission zur Festlegung des Mindestlohns

(fpd) Der neuen, vom Bundeskabinett berufenen unabhängigen Kommission zur Festlegung des gesetzlichen Mindestlohns gehören mehr Männer als Frauen an. Vorsitzender wurde Henning Voscherau, vormals Erster Bürgermeister von Hamburg. Von den weiteren 6 stimmberechtigten Kommissionsmitgliedern sind 2 weiblich: Michaela Rosenberger, Vorsitzende der Gewerkschaft NGG (Arbeitnehmerseite) und Valerie Holsboer, Hauptgeschäftsführerin der Arbeitgebervereinigung Nahrung & Genuss. Von den 2 wissenschaftlichen Mitgliedern der Kommission ohne Stimmrecht ist eines weiblich: Claudia Steinkopf, stellv. Direktorin des Instituts Arbeit & Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen.

(fpd) Marlene Rupprecht, ehem. SPD-MdB und Berichterstatterin für die Contergan-Stiftungsgesetzgebung, wurde von Bundesministerin Manuela Schwesig zur neuen (ehrenamtlichen) Vorsitzenden des Vorstands der (unter Rechtsaufsicht des BMFSFJ stehenden) Contergan-Stiftung für behinderte Menschen berufen.

(fpd) Ronja Schmitt, Volkswirtschafts-Studentin, ehem. Landesvorsitzende des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Baden-Württemberg, ist seit Jahresbeginn (als Nachrückerin für den verstorbenen CDU-MdB Andreas Schockenhoff) mit 25 Jahren die jüngste Abgeordnete im Deutschen Bundestag.

(fpd) Linn Selle, Viadrina-Doktorandin (Frankfurt/Oder), Initiatorin einer Online-Kampagne für die Europa-Wahlen 2014, wurde am 26. Januar von der Europ. Bewegung Deutschland (EBD) für ihr ehrenamtliches Engagement im Verband „Junge Europ. Föderalisten“ (JEF) mit dem „Preis Frauen Europas 2015“ ausgezeichnet.

Flächendeckendes Schutzsystem gegen Gewalt – analog zur Kinderbetreuung?

(fpd) Der Vorstand des Deutschen Frauenrats (DF) hat bei einem Treffen mit der Bundeskanzlerin am 19. Januar angeregt, „das Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen mit Bundesmitteln auszubauen und flächendeckend abzusichern – analog zur Kinderbetreuung“. Er plädierte außerdem für eine Präzisierung von § 177 StGB (Sexuelle Nötigung, Vergewaltigung) und seine Ergänzung um den Zusatz „ohne deren Einwilligung“. Ziel des Prostitutionsgesetzes, das „Prostituiertenschutzgesetz“ genannt werden sollte, müsse sein, den sexuellen Dienstleistungserwerbern „ein gesundes, angstfreies und selbstbestimmtes Leben in Sicherheit zu ermöglichen“.

Linke-Antrag im Bundestag: Rechtsanspruch auf Hilfe für gewaltbetroffene Frauen

(fpd) Die Linke hat im Bundestag beantragt (18/2884), die Bundesregierung solle noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem ein Rechtsanspruch auf Hilfe für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder geschaffen wird. Der Rechtsanspruch müsse so ausgestaltet sein, dass er „unabhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort, gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen“ gilt. Darüber hinaus soll nach Ansicht der Antragsteller/innen im Rahmen eines „Nationalen Aktionsplans III“ die einzelfallunabhängige und bedarfsgerechte Finanzierung des Schutz- und Hilfesystems bei Gewalt gegen Frauen gewährleistet werden.

Arbeiterwohlfahrt fordert Rechtsanspruch auf Hilfe für gewaltbetroffene Frauen

(fpd) „Schutz und Hilfe bei häuslicher und sexualisierter Gewalt sind für Frauen in Deutschlands vielerorts wegen Finanzierungsmängeln nicht ausreichend gewährleistet. Nur ein verbindlicher Rechtsanspruch sorgt für effektiven Schutz und schnelle Hilfe für betroffene Frauen und ihre Kinder“, erklärte der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler aus Anlass aktueller Beratungen im Bundestag (s.o.). Bereits 2012 sei ein von AWO, Caritas, Sozialdienst katholischen Frauen, DRK, Diakonie und dem Paritätischen Gesamtverband in Auftrag gegebenes Gutachten zu dem Schluss gekommen, „dass die Bundesregierung eine rechtliche Schutzverpflichtung für die betroffenen Frauen und ihre Kinder hat“.

Pakt der Städte und Regionen zur Beendigung sexueller Gewalt gegen Kinder

(fpd) Berlin hat als erste deutsche Stadt den „Pakt der Städte und Regionen zur Beendigung der sexuellen Gewalt gegen Kinder“ unterzeichnet. Der Pakt ist ein Element der Europarats-Kampagne „One in Five“, mit dem erinnert werden soll, dass in Europa jedes fünfte Kind mindestens einmal Opfer sexueller Gewalt werde. Mit dem Pakt verpflichten sich die teilnehmenden Städte und Regionen zu einem „Bündel von Initiativen und politischen Maßnahmen für den Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt“. Berlin hat nach Mitteilung des Senats „als erstes Bundesland ein ressort- und institutsübergreifendes „Berliner Netzwerk gegen sexuelle Gewalt“ eingerichtet, mit dem der Opferschutz weiter vorangetrieben werden soll. Info-Tel 030-90227.6059 & 030-9028.1135

Qualitätsempfehlungen für das Hilfesystem der Frauenhäuser und Beratungsstellen

(fpd) Der Verein Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK) hat erstmals bundesweite Qualitätsempfehlungen für das Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen herausgegeben. „Wir erwarten, dass auf der Basis unserer Qualitätsempfehlungen zügig Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen zur rechtlichen Absicherung von Schutz und Hilfe und zur Verbesserung der Ausstattung von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen ergriffen werden“, heißt es darin. Das FHK-Dokument, im Internet einzusehen unter www.frauenhauskoordinierung.de, zeigt auf, „welche Hilfestrukturen vor Ort erforderlich sind und welcher Qualitätsrahmen für die Förderung zugrunde gelegt werden muss“.

Anfang 2015 soll es zu einem besseren Schutz von Opfern des Stalking kommen

(fpd) Die Bundesregierung prüft in Abstimmung mit den Ländern „eine Regelung, die Opfer (von Stalking) besser schützt und justiziabel ist“, hat Bundesjustizminister Heiko Maas aus Anlass der Online-Petition „Änderung des Stalking-§ 238 vom Erfolgs- zum Eignungsdelikt“ mitgeteilt. Maas sagte: „Es geht nicht mehr darum, ob wir den Stalking-§ ändern, sondern wie, damit den Opfern bestmöglich geholfen wird.“ Es könne davon ausgegangen werden, dass zu Beginn des Jahres 2015 ein Ergebnis vorgelegt werde. Die Initiatorin der Petition, Mary Scherpe, begrüßte es, dass der Bundesjustizminister sie eingeladen habe, „am weiteren Verfahren teilzunehmen“.

„Schafft das BILD-Girl ab!“ – Online-Petition gegen nackte Brüste und Frauen

(fpd) Unter dem Motto „Schafft das BILD-Girl ab!“ fordert eine Online-Petition, dass halbnackte Frauen und nackte Brüste künftig aus der BILD-Zeitung verbannt werden. Die Petition (www.change.org/bild-sexismus), die bereits über 30.000 Unterstützer/innen zähle, wirft dem Blatt vor, Frauen würden, „anders als ihre männlichen Kollegen, nur auf ihr Äußeres und ihre sexuelle Attraktivität reduziert“. In der Außenwirkung könne dies dazu führen, „Frauen mit Belästigung und weniger Respekt zu begegnen“. Der Deutsche Frauenrat hat mitgeteilt, dass er neben anderen Frauenrechts- und Antigewaltorganisationen die an BILD-Herausgeber Kai Diekmann adressierte Petition unterstütze.

(fpd) Internationaler Tag „Null-Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung“ am 6. Februar 2015 (vgl. fpd 630.S.6) Info: info@frauenrechte.de

Frauengesundheit

„Kein Zeitplan zur Entlassung der „Pille danach“ aus der Rezeptpflicht in Deutschland

(fpd) Die EU-Kommission habe zwar am 07.01.15 die Rezeptpflicht für die „Pille danach ella One“ aufgehoben, es gebe aber „Spielraum für abweichende nationale Regelungen“, hat pro familia mitgeteilt. Fragen, ob und wann der EU-Beschluss in Deutschland umgesetzt werde und, wenn ja, wie die Kostenübernahme für unter 20-Jährige geregelt werde, seien offen. Im Bundestag habe die Bundesregierung auf Anfrage mitgeteilt, „dass es keinen Zeitplan gibt, wann in Deutschland Levonorgestrel rezeptfrei zugelassen werde.“

„Mehr Handlungsspielraum für Frauen durch die rezeptfreie Abgabe der „Pille danach“

(fpd) Die rezeptfreie Abgabe der „Pille danach“ werde „mehr Handlungsspielraum für Frauen“ eröffnen und sei „ein großer Fortschritt“, erklärte die pro familia-Bundesvorsitzende Daphne Hahn. Sie sagte: „Besonders erfreulich ist: Nicht nur ‚ellaOne‘ soll – wie von der EU gefordert – rezeptfrei werden, sondern auch der Wirkstoff Levonorgestrel, der unter den Produktnamen PiDaNa, unofem und Postinor in Deutschland erhältlich ist.“ Leider gründe die Freigabe „nicht auf Überzeugung und Sachverstand“, sondern sei der rechtlichen „Vorgabe aus Brüssel geschuldet“.

„Ultraschall-Untersuchungen zur Früherkennung von Eierstockkrebs schaden mehr“

(fpd) „Viele Gynäkologen raten Frauen zu einer Ultraschalluntersuchung, um Eierstockkrebs früh zu erkennen. Doch die Kontrolle richtet mehr Schaden als Nutzen an – und wird von den Kassen nicht erstattet“, heißt es in einem „SZ“-Report unter dem Titel „Krank getestet“. Zwar habe eine große Studie belegt, dass die Ultraschall-Vorsorge „zu mehr unnötigen Operationen“ führe, der Frauenärzte-Verband halte aber an der Untersuchung fest und begründe dies mit der Behauptung „Wichtiger als Studien sei die Erfahrung“. Die Patientinnen, so das Blatt, vertrauten ihrem Arzt. „Doch wenn der als Verkäufer auftritt wird es kompliziert“.

Frauenfachliteratur

(fpd) „Die Bekämpfung der Zwangsheirat in Deutschland“, von Lena Hildebrand, („Juristische Betrachtung der gesetzgeberischen Maßnahmen im Lichte des Opferschutzes“), 398 S., 98,- €, ISBN 978-3-1856-6. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

(fpd) „Geschlechtergleichheit im Sport – Mit besonderer Berücksichtigung der Diskriminierung von trans- und intersexuellen Sportlerinnen“, von Janis Block, („dem Verbot der Diskriminierung wegen des Geschlechts scheint sich der organisierte Sport nicht zu beugen“), 415 S., 98,- €, ISBN 978-3-1666-1, Nomos Verlag.

(fpd) „Regulierung der Reproduktionsmedizin: Fremdsamenspende, Ersatzmutterschaft und Umgang mit überzähligen Embryonen“, von Patricia Jofer, („Deutschland hat kein Fortpflanzungsmedizinengesetz“), 667 S., 148,- €, ISBN 978-3-1881-8, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.